

Widerstand gegen mehr Kiesabbau



Von **Susanne Müller**

Do, 20. September 2018

Hartheim

BZ-Plus | Hartheim will Klage gegen Regionalplan, der eine vorrangige Abbaufäche vorsieht / Diskussion im Rat zu geplanter Deponie.



Kies wird in Hartheim bereits an drei Stellen abgebaut. Foto: Roland Weihrauch (DPA)

HARTHEIM AM RHEIN. Seit September 2017 ist der neue Regionalplan Südlicher Oberrhein wirksam. Hartheim will sich nun gegen den darin vorgesehenen möglichen Ausbau des Kiesabbaus beim Weinstetter Hof wehren und erhebt Einspruch. Aufgrund von Fristen muss dieser in diesen Tagen eingereicht werden. Aus Sicht der Gemeinderäte sind die drei bestehenden Kiesgruben genug, dazu wurden Befürchtungen ob des gegebenenfalls zunehmenden Verkehrs laut. Dieser ist auch ein Hauptargument der Räte gegen die geplante Deponie, ebenfalls beim Weinstetter Hof.

Die Ratsrunde beschloss mehrheitlich bei zwei Enthaltungen, von Andreas Knobel (CDU) – einer der Geschäftsführer der Hartheimer Knobel Bau-Gruppe – und Christiana Schmidt (Frauenliste), einen Antrag auf Normenkontrolle, also eine Überprüfung des Kiesabbau-Standorts, beim Verwaltungsgerichtshof einzureichen. "Es wird wohl auf ein Gerichtsverfahren hinauslaufen, hoffen wir, dass wir damit Erfolg haben", meinte Bürgermeister Stefan Ostermaier. Der Einspruch der Gemeinde Hartheim ist möglich innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung des Regionalplanes, die am 22. September 2017 im Staatsanzeiger erfolgte, in Form einer Normenkontrollklage beim Verwaltungsgerichtshof.

Worum geht es den Hartheimern? Um die Vorrangfläche für einen Kiesabbau gegenüber dem Weinstetter Hof. Hartheim sprach sich schon vor mehreren Jahren dafür aus, keine neuen Kiesgruben mehr zuzulassen. Wir haben schon drei Kiesgruben und gewährleisten damit die Rohstoffversorgung, so Stimmen aus der Ratsrunde. "Wir können gar nicht anders, als gegen die Planung vorzugehen", erklärte Werner Imm (FWG). Denn die Fläche beim Weinstetter Hof wurde trotz der Hartheimer Einwendungen in die Regionalplanung aufgenommen.

Bestätigt wurden die Räte in ihrem Vorhaben durch Fachanwalt Dr. Tobias Lieber aus Freiburg, Experte für Verwaltungsrecht. Lieber zufolge wurde die Vorrangfläche bei der Überarbeitung des Regionalplanes aus der Vorgängerversion aus dem Jahr 1998 übernommen – der Konstanz willen, obgleich es einige Argumente gegen eine neue Kiesgrube am Standort gebe. Er habe etwa wenig Potenzial. Doch es sei nicht zuletzt um Verlässlichkeit für den Investor gegangen, so Lieber.

Nun böten sich Hartheim nach Ausführungen des Juristen zwei Möglichkeiten. Zum einen abzuwarten, bis es zu einem Planfeststellungsbeschluss für die Vorrangfläche komme, und dann im Zuge der Anhörung die Verletzung eigener Rechte geltend zu machen. Für strategisch sinnvoller hielt der Anwalt jedoch den zweiten Weg: Die Prüfung der Raumordnungsfrage im Zuge eines Normenkontrollverfahrens zu beantragen. Das werde gut ein Jahr dauern, so Lieber, doch bei einem Erfolg käme der Standort aus dem Regionalplan raus. Falls nicht, wäre der Standort gesichert, was nach Liebers Worten jedoch nicht heiße, dass er auch zulässig sei. Gottfried Link (CDU) erkundigte sich, ob es möglich wäre, den Antrag auf die Hartheimer Teilfläche, also auf die Kiesabbaufäche, die sich auf Hartheimer Gemarkung befindet, zu beschränken. Das verneinte der Anwalt, die Fläche könne nur vollständig aus dem Plan gestrichen werden, sie sei nicht teilbar. Werner Imm (FWG) machte seinen Unmut über die Rücksichtnahme auf den Investor, dessen Name in der Sitzung nicht genannt wurde, Luft. "Der Investor soll Sicherheit haben, dem kann ich nicht folgen, wir bekommen doch den Verkehr", klagte Imm.

Einwand gegen die Deponie

Auf den Beschluss, gegen die Vorrangfläche für Kiesabbau vorzugehen, folgte eine Diskussion der Gemeinderatsmitglieder zum Thema Deponie. "Wie es scheint, potenzieren sich hier die Auswirkungen", sagte Anwalt Lieber, und meinte damit die Erhöhung des Verkehrsaufkommens, das durch die Einrichtung einer Deponie für Hartheim zu erwarten wäre – neben dem Kiestransport. Die Erfahrung zeige, dass nicht alle Transporte über die Autobahn erfolgen würden. Das sei für Hartheim ein zentrales Problem, so Lieber. Darüber hinaus wären eine Kiesabbaufäche und zusätzlich eine Deponie unter dem Aspekt des Freiraumblicks in Bremgarten zu betrachten. Das würde laut Lieber das Ortsbild prägen und die Blickachse nach Süden einschränken. Hinzu kämen Naturschutzaspekte und das Wasserrecht. Er halte es für sinnvoll, dass Hartheim auf diese Probleme hinweise. Bürgermeister Stefan Ostermaier sagte zu, diese Belange in die Stellungnahme der Gemeinde aufzunehmen.

SPD-Gemeinderat Jürgen Stein ging noch einen Schritt weiter. Er bezichtigte die Vertreter des Landratsamtes, die das Konzept zur geplanten Baustoffdeponie westlich des Gewerbeparks vor der Sommerpause im Hartheimer Rat vorgestellt hatten, der Scheinheiligkeit. "Wir wurden von den Planern des Landratsamtes hinters Licht geführt in Sachen Verkehr", so Stein. Er bezweifle die Ernsthaftigkeit der Behördenvertreter, erklärte er, dem Rat seien falsche Zahlen aufgetischt worden. Denn es seien nur die Hinfahrten berücksichtigt worden, die Rückfahrten zählten jedoch auch dazu. Darüber hinaus seien die Kleintransporte, die aus dem ganzen Landkreis zu erwarten seien, überhaupt nicht betrachtet worden. "Und das ist der Großteil, die fahren garantiert nicht über die Autobahn, sondern durch unsere Gemeinde", monierte Jürgen Stein.

Ressort: **Hartheim**

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Do, 20. September 2018:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

Kommentare

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.

[Jetzt Profil anlegen](#)
